## Inhaltsverzeichnis

Einlei	tung	15
	rfassungsrechtliche Grundlagen und das normentheoretische Konzept	
dei I.	r personalen Straftatlehre	17
	schutzes und ihre Unterscheidung von anderen staatlichen Maßnahmen	17
	1. Schuldspruch und Strafe als spezifisch strafrechtliche Rechtsfolgen	17
	2. Abweichende Zwecksetzung der Maßregeln der Besserung und Siche-	
	rung	18
	3. Terminologie: Maßnahmen statt Rechtsfolgen	20
II.	Grundrechtsfunktionen und ihre Bedeutung für das materielle Strafrecht	20
	1. Schutzrecht gleich Schutzpflicht? – Die Rechtsgüterschutzaufgabe des	
	Staates	21
	a) Strafrecht als staatliches Schutzrecht	21
	b) Staatliche Schutzpflichten	22
	aa) Herleitung	23
	(1) Rechtsprechung	23
	(2) Literatur	25
	bb) Art und Maß	25
	c) Bedeutung staatlicher Schutzpflichten für das Strafrecht	28
	2. Gleichheitsgrundsatz	28
	a) Umfang und Adressatenkreis	28
	b) Gewährleistungsgehalt und verfassungsmäßige Rechtfertigung	30
	c) Rechtssetzungsgleichheit im Strafrecht	33
	d) Gleichheitsaspekte bei Strafschärfungen	34
	3. Zwischenfazit	35
III.	Notwendige Kriterien der materiellen Legitimation: Strafrecht als Ausprä-	
	gung des öffentlichen Rechts	36
	1. Inhalt und Aufgabe von Strafe	37
	a) Zweckfreie Strafe	37
	b) Zweckrational orientierte Legitimation von Strafnormen	38
	Das Normenkonzept: Verschiedene Rechtsgüterschutzzwecke der Verhaltens- und Sanktionsnorm	39
	a) Die Funktion der Verhaltensnorm	39
	b) Die Funktion der Vernanensnorm b) Die Funktion der Sanktionsnorm	
		40
	aa) Grundsätzliches	40



		bb) Die Aufgabe des Schuldspruchs	41
		cc) Die Aufgabe des Strafausspruchs	42
		3. Die Vorfrage der Verhaltensnormlegitimation	43
		a) Die Rechtsgutstheorie und ihre kritische Potenz	44
		b) Die Legitimation von Verhaltens- und Sanktionsnormen anhand des	
		verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	45
		aa) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip bei der Verhaltensnormlegiti-	
		mation	45
		bb) Die Voraussetzungen der Verhältnismäßigkeitsprüfung	46
		(1) Geeignetheit	47
		(2) Erforderlichkeit	47
		(3) Angemessenheit	47
		cc) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip bei der Legitimation der Sanktionsnorm	48
		4. Das Schuldprinzip als eingriffsbegrenzendes Kriterium	49
		Weitere formelle Voraussetzungen	50
		6. Zwischenfazit	50
	IV.	Formale Grenzen staatlichen Strafens – Der Gesetzlichkeitsgrundsatz und	30
	1 V.	die Legitimation von Schuldspruch und Strafe	51
		Bedeutung und Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	51
		2. Aufgabe und Funktion – Die ratio des Gesetzlichkeitsgrundsatzes	52
		3. Im Speziellen: Der Bestimmtheitsgrundsatz i. S. v. Art. 103 Abs. 2 GG.	55
		a) Umfang und Adressatenkreis	56
		b) Gewährleistungsgehalt	57
		aa) Kritische Analyse der Rechtsprechung des Bundesverfassungs-	
		gerichts	58
		(1) Anforderungen an strafbegründende Tatbestandsmerkmale	58
		(2) Anforderungen an die Rechtsfolgenseite	60
		bb) Gesetzesbindung und Aufgabenverteilung zwischen Gesetzge-	
		bung und Rechtsprechung – zum Verfahren der Gewinnung	۲0
		rechtlicher Inhalte, die nicht im Gesetz stehen	60
		cc) Anforderungen bei besonders schweren Fällen	64
		4. Im Speziellen: Das Analogieverbot	65
		5. Zwischenfazit	66
В.		nkretisierungen und Konsequenzen der personalen Straftatlehre für die	
		afzumessung	68
	I.	Die Problematik gesetzlicher Reaktionsmöglichkeiten und konkreter Rechtsfolgenbestimmung	68
		(Unrechts-)Kennzeichnung und Differenzierung im Schuldspruch als	Uð
		der primären Rechtsfolge	68
		2. (Unrechts-)Kennzeichnung und Differenzierungen im Strafausspruch	70

	a) Strafhöhenbemessung anhand der gesetzlichen Strafrahmen	70
	aa) Begrenzungsfunktion der Strafrahmen	72
	bb) Leitfunktion der Strafrahmen	73
	(1) Die Grenzwerthypothese	73
	(2) Kritische Beurteilung der Grenzwerthypothese	75
	b) Fazit	79
II.	Strafhöhenbemessung anhand eines materiell konzipierten Straftatsystems  – Die Auswirkungen der personalen Straftatlehre auf die Rechtsfolgenbe-	
	stimmung	80
	Inbegriff aller strafrechtlichen Reaktionsmöglichkeiten – Schwereskala und die personale Straftatlehre	81
	2. Relevanz von Qualität und Gewicht der den Schuldspruch bestimmenden Faktoren für die konkrete Rechtsfolgenbestimmung – Fehlverhalten und Fehlverhaltensfolgen	82
	a) Personales Fehlverhalten	82
	aa) Bestimmung einer Rangordnung der Fehlverhaltensweisen anhand der abstrakten Wertigkeit der tangierten Rechtsgüter, des Gefährdungsgrades und des möglichen Verletzungsausmaßes	83
	bb) Vorsätzliches und fahrlässiges Fehlverhalten	84
	(1) Fahrlässiges Fehlverhalten	86
	(2) Vorsätzliches Fehlverhalten	88
	(3) Auswirkungen auf die Rechtsfolgenbestimmung	92
	cc) Gesinnungen bzw. das Vorleben des Täters	94
	(1) Die Gesinnung	95
	(1) Die Gestinding	96
	dd) Besondere Pflichtenstellung	98
	(1) Sonderverantwortlichkeit	98
	(2) Amtsträgerinhaberschaft	99
		100
	b) Fehlverhaltensfolgen bzw. gleichwertige Tatumstände	101
	aa) Tatbestandsmäßige Fehlverhaltensfolgen bzw. gleichwertige	101
	Tatumstände i.e.S	102
	(1) Relevanz der Fehlverhaltensfolgen	102
	(2) Das Verhältnis von Fehlverhalten und Fehlverhaltensfolgen	104
	(3) Die Strafrahmenmilderung beim Versuch (§ 23 Abs. 2 i.V.m. § 49)	105
	(a) Hauptfragen zur Rahmenentscheidung beim Versuch	106
	(b) Ratio der Milderung und Unterschiede im Bereich der	
	Deliktstypen	109
	<ul> <li>(c) Die Adäquität der Strafrahmenmilderung beim Ver- such – Legitimationsrelevante Divergenzen zwischen</li> </ul>	
	Vollendung und Versuch	112
	-	

		(d) Kriterien für die Strafrahmenwahl und Fallgruppen legitimer Strafrahmenmilderung	112
		bb) Relevanz (anderer) verschuldeter Auswirkungen der Tat	
		cc) Zwischenfazit	
		Weitere Bestimmungsgründe für die angemessene Reaktion	
		a) Reaktionsbedürfnis	
		b) Die Strafwirkung	
		c) Strafrechtliche (Ir-)Relevanz von Spezial- oder Generalprävention	
		4. Lösung der Wertungsprobleme bei der Schuldstrafenbestimmung	
		5. Fazit – Ein kritischer Seitenblick auf die Spielraumtheorie und Co	
		6. Exkurs: Die Vereinbarkeit der erzielten Ergebnisse mit § 46	
C.		Bestimmung von Strafschärfungen im Kernstrafrecht	
	I.	Allgemeines	
		1. Terminologie und Einführung in die Systematik	
		2. Strafrahmenänderungsgründe und ihre Erscheinungsformen	131
		3. Historischer Überblick: Die Regelbeispielstechnik als "Mittelweg" zwi-	
		schen Kasuistik und Generalklausel	
	II.	Der Deliktscharakter der besonders schweren Fälle	
		1. Die Strafzumessungslösung	137
		2. Mischform	
		3. Tatbestandslösung	139
		4. Kritische Würdigung und eigene Auffassung: Die funktionale Äquivalenz von Regelbeispielsnormen und Qualifikationstatbeständen	143
	III.	Gesetzlich bestimmte Strafrahmenschärfungen – Die Vereinbarkeit der	
		"besonders schweren Fälle" mit dem Gesetzlichkeitsgrundsatz	145
		1. Bestimmtheitsgebot	146
		a) Regelbeispiele	146
		b) Mit Regelbeispielen exemplifizierte unbenannte besonders schwere	
		Fälle	147
		c) Nicht weiter erläuterte unbenannte besonders schwere Fälle (Gene-	
		ralklauseln)	
		2. Analogieverbot	
	IV.	$Fazit-Bewertung\ der\ Regelbeispielsmethode\ und\ ihrer\ Alternativen\ \dots\dots$	153
	V.	Vorschläge de lege ferenda: Synthetisches Modell ratio-gerechter Straf-	
		schärfungsgründe	
		1. Vorschlag de lege ferenda: Körperverletzungsdelikte	
		2. Vorschlag de lege ferenda: Diebstahlsdelikte	159
		3. Bewertung der Vorschläge de lege ferenda: Die Vorzüge des syntheti-	1.00
		schen Modells ratio-gerechter Strafschärfungen	
		a) Allgemeines	
		b) Bewertung	161

D.		iterführung des Modells ratio-gerechter Strafschärfungen im Allgemei- Teil und Ausblick	165
	I.	Das Modell ratio-gerechter Strafschärfung als Regelung im Allgemeinen	
		Teil	165
		1. Allgemeines	166
		2. Vorschlag de lege ferenda	168
		3. Erläuterung und Vorzüge des vorgeschlagenen Modells ratio-gerechter Strafschärfungen	169
	II.	Ausblick	171
		1. Zur Reform der Erfolgsqualifikationen	171
		2. Zur Reform der Tötungsdelikte Mord und Totschlag	172
		3. Zur Reform der minder schweren Fälle	176
E.	An	hang	177
	I.	Umstände, die qualifiziertes Fehlverhalten begründen	177
		1. § 46 Abs. 3 Nr. 1 a n. F	177
		2. § 46 Abs. 3 Nr. 1 b n. F	178
		3. § 46 Abs. 3 Nr. 1 c n. F	180
		4. Sonstige Umstände, die qualifiziertes Fehlverhalten begründen	181
	II.	Umstände, die qualifizierte Fehlverhaltensfolgen begründen	183
		1. § 46 Abs. 3 Nr. 2 a n.F	183
		2. § 46 Abs. 3 Nr. 2 b n.F	184
Li	tera	turverzeichnis	187
St	ichw	ortverzeichnis	216